

Eine bürgernahe und moderne Verwaltung

DIE LINKE steht für eine moderne Verwaltung die eine bürger- und unternehmensfreundliche Beschleunigung von Verwaltungsabläufen garantiert. Es geht um eine partnerschaftliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.

Wir im Wahlkreis 5

Ich, Maritta Böttcher, wurde 1954 in Karl-Marx-Stadt geboren. Von Beruf Lehrerin, war ich 1994 bis 2002 für die PDS Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 1990 bin ich Kreistagsabgeordnete und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses.

Mit mir kandidieren: Ralph Krech, Unternehmer; Heike Kühne, Betriebswirtin; Helmut Scheibe, Rentner; Katrin Jung, Soziologin; Michael Maurer, Kunstglaser; Ilona Petzhold, Tagesmutter; Manfred Thier, Jugendkoordinator; Petra Haase, technische Assistentin; Reinhard Siebert, Angestellter; Edeltraut Liese, Gastwirtin; Jörg-Martin Bächmann, Fahrlehrer; Eberhard Podszuweit, Student; Bernd Dieske, Bauunternehmer; Peter Hacke, Werkzeugmacher; Reinhard Fromm, Angestellter.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 28. September 2008 wählen wir den neuen Kreistag für den Landkreis Teltow-Fläming. Sein Wahlkreis 5 umfasst die Städte und Gemeinden Jüterbog, Dahme/Mark, Niedergörsdorf und Niederer Fläming. Gerade der Süden unseres Landkreises darf nicht abgehängt werden. Dafür brauchen wir starke Kommunen, in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden. Ich setze mich dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger in allen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen verbindlich selbst bzw. mitentscheiden können. Demokratie lebt vom Mitgestalten und das beginnt mit der Wahl. Gehen Sie bitte deshalb am 28. September zur Wahl.

Ihre

Kontakt:

DIE LINKE. Teltow-Fläming Süd
Große Straße 62, 14913 Jüterbog
Telefon: 03372/43 26 91
maritta.boettcher@die-linke.de

www.original-sozial.de



Original Sozial

Maritta Böttcher:

Für eine demokratische
und bürgernahe Politik
im Landkreis Teltow-Fläming.

DIE LINKE.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

es gibt viele gute Gründe, Ihre Stimme der LINKEN zu geben. Einige haben wir in unserem Kreiswahlprogramm zusammengefasst. Wir denken, dass ein Politikwechsel dringend erforderlich ist. Er ist mehr als lediglich ein Machtwechsel. Wir wollen eine Politik, die uns Bürgern eine bessere, eine gerechtere Teilhabe an Staat und Gesellschaft ermöglicht. Wir konzentrieren uns hierbei auf:

Menschenwürdige Arbeit hat Priorität

DIE LINKE fordert seit langem einen Mindestlohn, weil Dumpinglöhne sittenwidrig sind und zu Altersarmut führen. Auch fehlt Kaufkraft, was Handwerker und Dienstleister deutlich spüren. Die in der Region ansässigen Unternehmen müssen stärker an den öffentlichen Investitionen unseres Kreises teilhaben. Kommunale Unternehmen bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich. Energie muss bezahlbar sein.

Bildung ist die zentrale Schlüsselaufgabe

Bildung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen selbst-

bestimmt entwickeln können. Deshalb ist uns eine Bildung für alle – und zwar von Anfang an – besonders wichtig.

Wir setzen uns ein für mehr Qualität in der Bildung, den Kita-Platz für jedes Kind und das beitragsfreie Vorschuljahr. Die beste Familienpolitik ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. DIE LINKE steht für den Erhalt eines wohnortnahen, alle Bildungsgänge umfassenden Schulangebotes – auch im ländlichen Raum. Wir sind für Beitragsfreiheit bei Mittagessen wie Schülerbeförderung und wollen das Sozialticket und den Einschulungszuschuss auch zukünftig sichern.

Die Kürzung der Schulsozialarbeiter-Stellen muss das Land zurücknehmen, auch Jugendarbeit darf nicht weiter eingeschränkt werden. Die Teilhabe an kultureller Bildung wie Bibliotheken ist für uns Teil sozialer Grundversorgung.

Soziale Gerechtigkeit schaffen

Soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu führen, gehören für uns zusammen. Für DIE LINKE sind gleichwertige Lebensverhältnisse das übergeordnete Ziel der Kreisentwicklung. Standards des öffentlichen Gesundheitswesens dürfen nicht abgebaut werden.

Gesichert sein muss eine gut erreichbare haus- und fachärztliche Behandlung. Der Zugang zu Sozialeinrichtungen, Sport- und Kulturstätten darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir brauchen eine Kommunalpolitik, die mit Senioren für Senioren gemacht wird. Dazu sind Seniorenbeiräte überall notwendig. Mobilität darf nicht eingeschränkt, sondern der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden.

Rechtsstaat und Sozialstaat müssen der Verwirklichung der Freiheitsrechte wie der sozialen Gerechtigkeit dienen. Wir wenden uns deshalb gegen eine Rechtspraxis, die sich zugunsten der ökonomisch Starken und zu Lasten der Schwachen auswirkt.

Stadtumbau

Erforderlich ist ein Paradigmenwechsel von der jahrzehntelang auf Wachstum orientierten Entwicklung hin zu einem kontrollierten und sozialen Stadtumbau. Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diesen Prozess demokratisch, verantwortungsbewusst, sachgerecht und sozial verträglich zu planen, zu entscheiden.